



Die politische Agenda steht – ein erstes Hoffnungszeichen

Wochenlang war nicht nur La Paz als Regierungssitz von Demonstranten blockiert, sondern auch die politische Zukunft Boliviens. Denn die Verantwortlichen im Parlament vertraten nur ihre eigenen, partikularen Interessen und waren zu keinen Kompromissen bereit. Erst am vergangenen Montag, 4. Juli 2005, gelang es den Parlamentariern spät in der Nacht eine gemeinsame politische Agenda auszuarbeiten und somit ein erstes Hoffnungszeichen im krisengeschüttelten Land zu setzen.

Dabei einigten sich die politisch Verantwortlichen auf folgende Punkte:

Allgemeine Neuwahlen im Dezember:

Nach wochenlangem Tauziehen modifizierten die Parlamentarier die Verfassung und ermöglichten in der aktuellen, politischen Situation vorgezogene, allgemeine Neuwahlen.

Somit haben die Bürgerinnen und Bürger, die sich durch das derzeitige Parlament nicht mehr repräsentiert fühlen, die Möglichkeit, an den Urnen zu entscheiden, wer sie im Parlament sowie als Präsident und Vizepräsident vertritt.

Vorgeschichte:

Seit seiner Amtsübernahme als Präsident machte Eduardo Rodríguez deutlich, dass er und die von ihm eingesetzten Ministerinnen und Minister „nur“ eine Übergangsregierung bilden, deren erstes Ziel alsbald mögliche Neuwahlen (Dezember 2005) sind. Diese Politik führte zu einer Beruhigung der Situation, die für den Staat bedrohliche Ausmaße angenommen hatte. Die Durchführung allgemeiner Neuwahlen im Dezember schien bis letzte Woche durch die Forderung von MAS (Bewegung zum Sozialismus) unter der Führung von Oppositionsführer Evo Morales und der Partei NFR (Nueva Fuerza Republicana) gefährdet, die vor allgemeinen Neuwahlen die Durchführung der Asamblea Constituyente (Verfassungsgebende Versammlung) forderten. In der Konsequenz hätte dies bedeutet, dass die Regierung unter Präsident Enrique Rodríguez die restliche Amtsperiode bis zum August 2007 hätte regieren sollen. Als Hintergrund des Blockierens von allgemeinen Neuwahlen durch Evo Morales wurden von verschiedenen Seiten Wahlumfragen angeführt, die zeigen, dass von keinem eindeutigen Sieger bei den Präsidentschaftswahlen auszugehen ist. Vielmehr von einer Pattsituation zwischen Jorge Quiroga, dem ehemaligen Vizepräsidenten unter General Banzer, der durch dessen Tod als Präsident nachrückte (17 Prozent), dem Zementfabrikanten Samuel Doria Medina, einem links orientiert geltenden Unternehmer (16 Prozent) und Evo Morales, dem charismatischen Oppositionsführer der MAS (14 Prozent). Die Zahlen beruhen auf einer Umfrage des Unternehmens für Meinungsforschung „Apoyo, Opinión y Mercado Bolivia“ im Juni 2005, abgedruckt in der renommierten Tageszeitung La Razon, 1. Juli 2005.

Erst am vergangenen Wochenende signalisierte Evo Morales, der nicht nur vom Präsidenten, politischen Parteien sowie Kardinal Terrazas unter Druck geraten war, sondern wohl auch von Seiten seiner politischen Basis, Bereitschaft, einer Verfassungsänderung zuzustimmen und so noch in diesem Jahr allgemeine Neuwahlen zu ermöglichen.

Verschiebung und Zusammenlegung der Wahl der Präfekten mit den allgemeinen Neuwahlen:

Bislang wurden die Präfekten, die höchste politische Autorität der neun Departamente, in die Bolivien eingeteilt ist, vom Präsidenten des Landes ernannt. Ex-Präsident Carlos Mesa verfügte per Dekret,

SchlüsselInfoBolivien darf gerne weitergegeben werden; Rückmeldungen sind erwünscht.

Bei Abdruck bzw. Verwendung bitte Quelle angeben, ausserdem wird ein Belegexemplar (Mail) erbeten.

Kommerzielle Verwendung nur mit vorheriger Genehmigung von Acceso Público:

e-mail [acesopublico@acesopublico@entelnet.bo](mailto:acesopublico@entelnet.bo), Telf-Fax (xx591-2-)2124413, Postfach/Casilla 9564 La Paz-Bolivien.



dass die Präfekten direkt vom Volk gewählt werden (vgl. Schlüssel Info 3-2005). Der für den 12. August angesetzte Termin wurde jetzt in den Dezember verschoben und mit den allgemeinen Neuwahlen zusammengelegt.

Verfassungsgebende Versammlung und Referendum zur Autonomie

Bei diesen äußerst kontroversen und umstrittenen Themen einigte sich das Parlament weit nach Mitternacht gegen 2.30 Uhr darauf, dass am Sonntag, dem 1. Juli 2006 sowohl die Abgeordneten für die Verfassungsgebende Versammlung gewählt werden als auch das Referendum zur Autonomie durchgeführt wird. Mit der Vertagung um ein Jahr und dem Einsetzen zweier Kommissionen zur Vorbereitung hat das Parlament diesen Konfliktherd (vgl. Schlüssel Info 3-2005) zunächst einmal beruhigt. Doch insbesondere bei der Wahl und dem Wahlmodus für die Vertreterinnen und Vertreter bei der Verfassungsgebenden Versammlung, wofür es eines Gesetzes bedarf, ist mit harten Auseinandersetzungen und Konflikten zu rechnen.

Probleme nicht gelöst:

Ohne Frage ist die Einigung der politisch Verantwortlichen auf eine gemeinsame, politische Agenda ein Hoffnungszeichen für das krisengeschüttelte Bolivien. Doch die politischen Probleme sind dadurch noch lange nicht gelöst.

Es bleibt abzuwarten, ob die Wahlen eine regierungsfähige Mehrheit hervorbringen. Die Erfahrungen während der Amtszeit von Präsident Carlos Mesa, der ja nicht auf eine politische Mehrheit im Parlament bauen konnte, zeigen, dass es kaum möglich ist, ohne eine solche zu regieren.

Ein weiterer Konfliktpunkt, der in keiner Weise gelöst ist, ist die Forderung nach Verstaatlichung von Öl und Gas. Auch wenn dies zurzeit kein Thema ist, muss beachtet werden, dass es der Opposition gelang, mit dieser Forderung Tausende zu mobilisieren und sowohl Präsident Gonzalo Sanchez de Lozada als auch Präsident Carlos Mesa zu stürzen.

Eine weitere offene Frage ist, ob die parlamentarische Opposition unter Evo Morales sowie die außerparlamentarische Opposition, angeführt von den Gewerkschaften wie Nachbarschaftsverbänden bereit sind, politische Mehrheitsentscheidungen zu akzeptieren, auch wenn sie damit nicht einverstanden sind. Oder ob sie dann wieder zu den erprobten Mitteln der Politik der Strasse greifen und mit Blockaden das Land stilllegen.

Um den Leserinnen und Lesern in Deutschland einen Eindruck von der geführten Debatte im bolivianischen Parlament zu vermitteln, zum Abschluss ein Zitat von Senator Filemón Escóbar (MAS) über den Parlamentspräsidenten Hermandó Vaca Díez, der als Vertreter der Oligarchie von Santa Cruz gilt: „Yo quiero estar en la cárcel 30 años por asesino de Hormando Vaca Díez ...y lo voy a hacer ahora“ (Ich will 30 Jahre für den Mord an Hormando Vaca Díez im Gefängnis sein ... und ich werde es gleich tun). – Zur Beruhigung sei angemerkt, Filemón Escóbar hat Hormando Vaca Díez nicht umgebracht, sondern nur mit einem Kerzenständer nach ihm geschlagen.

Jürgen Leonhard